

Das Wochenmagazin der



Aktuell

11. Juni 2010 - 11

www.spoe.at
„Österreich 2020“-Kommentar
von Wolfgang Zeglovits zu
Demokratie im Internet

41. Bundesparteitag der SPÖ

Zeit für Gerechtigkeit!

- Faire Verteilung
- Soziale Ausgewogenheit
- Gleiche Chancen



Der 41. Bundesparteitag der SPÖ findet heuer in der Pyramide Vösendorf statt. Knapp 700 Delegierte stellen an diesem Tag die Weichen für eine gerechte, sozialdemokratische Zukunftspolitik. Eine Zukunftspolitik die ganz unter dem Motto: „Zeit für Gerechtigkeit!“ steht. Seit Bundeskanzler Werner Faymann zum SPÖ-Bundesparteivorsitzenden gewählt wurde, konnte die SPÖ Vieles erreichen. Auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die SPÖ rasch und richtig reagiert. Das ist mit den beiden Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen eindrucksvoll gelungen. Österreich steht dank der sozialdemokratisch geführten Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann heute deutlich besser da, als die meisten anderen EU-Staaten. Jetzt geht es darum, die Lehren aus dieser Krise zu ziehen. Die Sozialdemokratie wird nicht zulassen, dass die Folgen der Krise auf die sozial Schwachen, die Familien und den Mittelstand abgewälzt werden. Es ist höchste Zeit, dass die Verursacher der Krise, die Banken und Spekulanten, ihren Beitrag leisten – es ist Zeit für Gerechtigkeit.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

SPÖ-Bundesparteitag	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	5
SPÖ-Bundesfrauenkonferenz	6
Gemeinsame Schule	7
„Österreich 2020“-Kommentar von Wolfgang Zeglovits zu Demokratie im Internet	14

Bessere Information über gemeinsame Obsorge

Künftig werden Eltern von unehelichen Kindern darüber informiert, dass eine gemeinsame Obsorge erst beantragt werden muss und nicht automatisch besteht wie in einer Ehe, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Rund 40 Prozent der österreichischen Kinder werden heute schon unehelich geboren und viele unverheiratete Eltern beantragen die gemeinsame Obsorge nicht, weil sie davon ausgehen, dass die Anerkennung der Vaterschaft dafür genüge. „Dieses Informationsdefizit beheben wir jetzt. Unverheiratete Eltern werden künftig über die rechtliche Möglichkeit der gemein-

Niedrige Bildung bei Eltern führt zu frühen Schulabgängen ihrer Kinder

Risiko der 15- bis 24-jährigen, maximal einen Pflichtschulabschluss zu erreichen

Nach Bildung der Eltern

Hoch	1,0
Mittel	1,81
Niedrig	5,01

Quelle: APA/IHS | Grafik: SPÖ

Bildung darf kein Erbrecht sein

Eine aktuelle IHS-Studie zeigt, dass Bildung nach wie vor vererbt wird. Haben die Eltern selbst maximal einen Pflichtschulabschluss, ist das Risiko, dass ihr Kind früh aus dem Schulsystem abgeht fünfmal so hoch wie bei Eltern mit höherer Bildung (mindestens Matura). „Durch die frühe Selektion im österreichischen Bildungssystem bleibt Bildung weiterhin Erbrecht“, kritisiert SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum: Mindestsicherung – Kein Kuhhandel mit der Armutsbekämpfung

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein missbrauchssicherer und effektiver Weg zur Armutsbekämpfung. Die ÖVP blockiert unter fadenscheinigen Gründen ihre Einführung.

Diskutieren Sie unter www.spoe.at, warum Armutsbekämpfung nicht parteipolitischem Kalkül zum Opfer fallen darf.



SPÖ NO

„Das Ziel europäischer Politik ist, einen Kompromiss zu erreichen und bessere Lebensbedingungen für die Menschen zu schaffen“, so EU-Abgeordnete Kadenbach.

Budgetkonsolidierung muss sozial verträglich sein

Es bedarf einer Budgetkonsolidierung, die sozial verträglich ist, denn man dürfe nicht bei den kleinen Leuten sparen, so die SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach. Trotz Einsparungen müssten wir in Zukunftsbe- reiche wie Bildung und Gesundheit investieren, denn wir brauchen Humankapital, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Krise habe gezeigt, dass eine gemeinsame Wirtschaftspolitik innerhalb der EU gefordert sei, denn ohne gemeinsame wirtschafts- politische Koordination könne auf Dauer keine Währungsunion bestehen.

Zitat der Woche

„Wie Menschen leben und wie Kinder in Österreich aufwachsen, hat nichts mit der Transparenz-Datenbank zu tun. Das ist eine Frage der sozialen Ausgewogenheit und einer effizienten Armutsbekämpfung.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Scherfok



Die Bekämpfung des Menschenhandels ist „ein klarer Ausdruck des europäischen Wertesystems“, betont SPÖ Europa- sprecherin Muttonen.

Kampf gegen Menschenhandel und sexuellen Missbrauch verstärken

Der Einsatz der EU gegen sexuellen Missbrauch, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern sei enorm wichtig, so SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen. „Neben dem Waffenhandel ist der Menschenhandel das einträglichste Geschäft krimineller Organisationen. Der Kampf kann nur staatenübergreifend stattfinden. Auch der Bekämpfung von sexuel- lem Missbrauch von Minderjährigen und Kinderpornographie muss auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene be- gegnet werden“, bekräftigt Muttonen.



Fotolia

Unverheiratete Elternpaare erhalten in Zukunft genaue Informationen zur Beantragung der gemeinsamen Obsorge.

samen Obsorge am Standesamt und bei den Jugendämtern informiert“, so die Frauenministerin.



Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft

Wir stehen vor großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, sich diesen zu stellen – und sie als Chance zu erkennen.

Die Zukunft wird nicht von denen gemeistert, die am Vergangenen kleben“, sagte einst Willy Brandt. Die Sozialdemokratie ist heute wichtiger denn je. Für die schwierigen Herausforderungen der Zukunft, braucht es eine Kraft, die darauf achtet, dass die unzähligen sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte nicht auf dem Altar der Krisenkosten geopfert werden, eine Kraft, die auf neue internationale Entwicklungen rechtzeitig reagiert, und zukunftsichernde Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungskonzepte hat.

Es braucht eine Kraft, die in die Zukunft blickt und für Lösungen kämpft, etwa wenn es um prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die Unterdrückung von Frauen, Armutsbekämpfung oder Chancengleichheit im Bildungswesen geht. Es liegt an uns, die Zukunft zu meistern und dabei auf soziale Ausgewogenheit und sozialen Frieden zu achten. Es braucht eine Kraft, die sich auch abseits der nationalen Grenzen um Fragen des Klimaschutzes und der globalen Entwicklung annimmt und für Verbesserungen kämpft. Lebensqualität für alle gesellschaftlichen Schichten steht dabei im Mittelpunkt.

Lebensqualität im sozialdemokratischen Sinn ist untrennbar mit Solidarität, aber auch mit Verantwortung für spätere Generationen verbunden. Für einige Wenige, die es sich leisten können, hat es immer schon viel Lebensqualität gegeben – sie sollen auch einen gerechten Beitrag dafür leisten. Aber uns geht es um mehr: Alle Menschen verdienen dieselben Chancen und Möglichkeiten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, die bereits im Klassenzimmer entschieden wird. Deshalb setzen wir uns besonders im Bildungs-

system für eine sozial gerechte Modernisierung ein.

Leider glauben manche noch immer, an einem Bildungskonzept des letzten Jahrhunderts und veralteten Strukturen festhalten zu müssen. Eliteschulen, soziale Selektion und mittelalterliche Bildungskonzepte haben



Lehmann

Freiheit, Gleichheit und Solidarität: Für diese Grundsätze treten wir tagtäglich ein. Und auf Basis dieser Grundsätze stellen wir uns den Herausforderungen der Zukunft.

heute aber keinen Platz mehr. Bildung ist unser wichtigstes Kapital – dementsprechend muss auch unser Bildungssystem endlich im 21. Jahrhundert ankommen.

Wir müssen uns stets bewusst sein, dass die Sozialdemokratie mehr ist, als die Summe ihrer Mitglieder und Funktionäre. Sie ist eine Bewegung, die sich permanent weiterentwickelt. Eine Bewegung, die sich all die Jahre und Jahrzehnte immer dadurch ausgezeichnet hat, niemanden in dieser Gesell-

„Die Zukunft wird nicht von denen gemeistert, die am Vergangenen kleben.“

Willy Brandt

schaft im Stich zu lassen. Es liegt an uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diese Gesellschaft aktiv zu gestalten und auf soziale Gerechtigkeit zu achten. Das wird uns nur gelingen, wenn wir auf unserem Weg hin zu einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft so viele Menschen wie nur möglich mitnehmen und für unsere Anliegen mobilisieren. Fortschritt ist keine Selbstverständlichkeit, er muss hart erkämpft werden.

Wer versucht, Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung von Armut und menschlichem Leid – wie die Bedarforientierte Mindestsicherung – als Erpressungsobjekt für parteipolitische Profilierung zu machen, wird mit unserem Widerstand rechnen müssen. Aber genau das versucht der Koalitionspartner gerade – und gefährdet damit die Umsetzung dieser wichtigen Maßnahme, indem er arme und armutsgefährdete Menschen in Geiselschaft nimmt.

Für uns ist klar: Eine Gesellschaft ist daran zu messen, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Für diese Menschen einzutreten, ist der Sozialdemokratie Auftrag und Verpflichtung.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität: Das sind Werte und Grundsätze, die alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eint. Wir gießen sie in Programme, Anträge, politische Forderungen und konkrete Maßnahmen. Für diese Grundsätze treten wir tagtäglich ein. Und auf ihrer Basis stellen wir uns den Herausforderungen der Zukunft. ♦

BUNDESPARTEITAG

Gerechtigkeit und Solidarität

Der 41. ordentliche SPÖ-Bundesparteitag steht unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit“. Das spiegelt sich auch in den Inhalten der acht Leitanträge wider.



Seit dem letzten SPÖ-Bundesparteitag hat sich in Österreich politisch und ökonomisch einiges verändert. Die Inhalte der Leitanträge für den Bundesparteitag nehmen auf die neuen Herausforderungen Bezug. Doch nach wie vor gilt für die SPÖ: Es ist eine Frage der Menschenwürde und der Gerechtigkeit, allen Menschen gleiche Rahmenbedingungen zu bieten, damit sie Fähigkeiten und Potentiale bestmöglich entfalten können. Denn nur wer sich als Teil der Ge-

sellschaft anerkannt und respektiert fühlt, ist bereit, sich in die Gesellschaft einzubringen. Bei den Leitanträgen geht es unter anderem um Solidarität gegenüber Generationen, Ethnien, Religionen und Lebensformen anstelle von Ständedenken und Klientelpolitik. Auch wird auf die ökonomische und kulturelle Situation eingegangen. Des Weiteren werden Themen wie Bildung, Arbeitswelt, innere Sicherheit, Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Internationales behandelt. ♦

ZUM THEMA

Die Leitanträge des 41. Parteitages:

Leitantrag 1

Gerechtes und solidarisches Zusammenleben

Es ist eine Frage der Menschenwürde und der Gerechtigkeit, allen Menschen gleiche Rahmenbedingungen zu bieten, ihre Fähigkeiten und Potentiale bestmöglich entfalten zu können.

Leitantrag 2

Verteilungsgerechtigkeit

Die Mitverursacher der Krise sollen einen gerechten Beitrag zur Reparaturarbeit leisten.

Leitantrag 3

Bildung 2010

Die Chancen für die Zukunft sollen ergriffen werden. Mit Bildung soll es zu Wachstum und Beschäftigung kommen.

Leitantrag 4

Arbeitswelt

Für die Sozialdemokratie stehen die Schaffung neuer und der Erhalt bestehender Arbeitsplätze im Mittelpunkt! Vorrangiges Ziel ist die Erreichung der Vollbeschäftigung.

Leitantrag 5

Innere Sicherheit

Die SPÖ steht für einen umfassenden Sicherheitsbegriff. Insofern kommt dem Staat die Rolle als Garant von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu.

Leitantrag 6

Kulturpolitik

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für eine Politik die Kunst, Kultur und ihre Freiheit fördert. Kunst und Kultursind keine abstrakten Phänomene, sondern werden von der Gesellschaft und Individuen getragen und gestaltet.

Leitantrag 7

Internationales / Europa

Gemeinsam mit einer gestärkten Sozialistischen Internationale und der SPE will die Sozialdemokratie ihre Ziele auf internationaler Ebene umsetzen.

Leitantrag 8

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

Dem Auseinanderklaffen der Einkommensschere soll entgegen gewirkt werden. Es muss an vielen Rädern gedreht werden – von der Berufswahl bis zur Quote –, um Einkommens- und Chancengleichheit von Frauen und Männern zu erreichen.

stehen im Vordergrund

INTERVIEW

„Bildung ist unser wichtigster Rohstoff“

Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über Mindestsicherung, Transparenz-Datenbank, Bildung und eine neue EU-Finanzmarktarchitektur – Themen, mit denen sich der SPÖ-Bundesparteitag auseinandersetzen wird.

„SPÖ Aktuell“: Herr Bundeskanzler, die ÖVP droht mit einer Blockade der Mindestsicherung.

Werner Faymann: Leider will der Koalitionspartner die Mindestsicherung zum Spielball der Politik machen. Dazu kann ich nur sagen: Wer die Armutsbekämpfung zum Erpressungsobjekt macht, sollte sich schämen. Ich weiß, dass viele echte Christlich-Soziale auch so denken.

Wird eine Lösung zustande kommen?

Faymann: Die Mindestsicherung wurde bereits von allen Landeshauptleuten unterschrieben. Ich sehe keinen Grund, warum sich die Einführung verzögern sollte. Wir haben bis 30. Juni Zeit, im Parlament alles auf Schiene zu bringen. Die Politik muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

Woran spielt es sich gerade bei der Transparenz-Datenbank?

Faymann: Einige verstricken sich in dieser Frage in einen Widerspruch. Wer wirklich volle Transparenz möchte, so wie wir, der kann nicht argumentieren, dass das sinnvoll ist, wenn die Bundesländer und die Gemeinden nicht dabei sind. Der Finanzminister wird hoffentlich wissen, welche Förderungen der Bund ausbezahlt. Dank der Bemühungen von Rudolf Hundstorfer wurde durchgesetzt, dass auch alle Landwirtschaftsförderungen und Unternehmensförderungen enthalten sind.

Stichwort Neue Mittelschule: Kommt da Bewegung in die Reihen der Volkspartei?

Faymann: Es stimmt mich sehr zuversicht-

lich, dass sich auch immer mehr Konservative für eine Modernisierung unseres Schulwesens aussprechen – vom Wirtschaftsflügel bis zur Wissenschaftsministerin. Der öffentliche Druck auf den Parteichef der ÖVP wird immer größer. Er kann nicht mehr argumentieren, warum wir gerade im Bildungssystem die sozialen Barrieren aufrecht erhalten sollten. Bildung ist

wiedergegeben. Im Mittelpunkt all unserer Überlegungen steht der Erhalt und der Ausbau unseres hervorragenden Gesundheitssystems sowie die bestmögliche Versorgung der Patienten – bei gleichzeitigen Effizienzsteigerungen. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Daher brauchen wir mehr Pflegeeinrichtungen und besondere medizinische Schwerpunkte in bestimmten Spitälern. Wir sollten daher prüfen, ob es möglich ist, bestehende Einrichtungen besser zu nutzen. Aber eines muss allen klar sein: Effizienzverbesserungen müssen der Bevölkerung zugute kommen und nicht dem Finanzminister. Das sagt auch der Rechnungshof.

Themenwechsel: Auf europäischer Ebene scheint die Diskussion über die richtigen Konsequenzen aus der Krise ein wenig erschlaft.

Faymann: Leider agieren die konservativ-neoliberalen Regierungen nur zögerlich und entschleunigend. Solange wir uns nicht einer modernen Finanzmarktarchitektur nähern, kann keine Rede von Erfolg sein. Ich werde mich mit meinen sozialdemokratischen Freunden in Europa hier sehr einsetzen, dass wir die Bevölkerung auf die richtige Seite bringen.

... wie etwa mit der gemeinsamen Initiative mit der SPD für ein EU-weites Bürgerbegehren?

Faymann: Genau. Sollte bis Herbst noch immer nicht viel in Bewegung gekommen sein, werden wir dieses wichtige Instrument des Lissabon-Vertrags einsetzen. Dafür braucht es noch viel Vorbereitung. Aber man kann sich auf uns verlassen. ♦



Bundeskanzler Werner Faymann wertet es positiv, dass sich immer mehr Stimmen aus den Reihen der ÖVP pro Neue Mittelschule äußern.

unser wichtigster Rohstoff für die Zukunft. Den nachfolgenden Generationen wollen wir mehr Chancen und mehr Gerechtigkeit hinterlassen. Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen wäre ein wichtiger Schritt dafür.

Die Diskussion rund um eine Spitalsreform hat für viel Diskussionsstoff in der Öffentlichkeit gesorgt. Werden Spitäler geschlossen?

Faymann: Niemand spricht davon, Spitäler zuzusperren. Das wurde völlig falsch

Zimmer

BUNDESFRAUENKONFERENZ

„Frauen wollen mehr“

Die SPÖ-Bundesfrauenkonferenz, die traditionell vor dem SPÖ-Bundesparteitag stattfindet, hat die berufliche Chancengleichheit zum Thema.

„Mit meiner Frauenpolitik laufe ich nicht gegen Mauern, sondern durch offene Fenster. In Österreich muss einmal kräftig durchgelüftet werden. Denn das Potential der Frauen muss endlich genutzt werden.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Frauenpolitik ist eine Politik der kleinen Schritte. Es braucht einen langen Atem, um etwas zu verändern“, erklärte Frauenministerin und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek in der ORF-Presserstunde im Vorfeld der SPÖ-Bundesfrauenkonferenz. Den langen Atem haben die SPÖ Frauen: Der kürzlich veröffentlichte Frauenbericht zeigt, dass sich viele Dinge bereits zum Positiven verändert haben. Doch der wunde Punkt ist noch immer der enorme Einkommensunterschied zwischen Männern und



Begsteiger

Frauen verdienen immer noch um 22 Prozent weniger als ihre Kollegen; die SPÖ Frauen haben der Einkommensschere den Kampf angesagt.

HINTERGRUND

Forderungen der SPÖ Frauen

Einige der Maßnahmen – neben der Umsetzung der Einkommenstransparenz und der bereits mit den Sozialpartnern akkordierten begleitenden Maßnahmen –, die die SPÖ Frauen einfordern, um die Einkommensschere zu schließen:

- ▶ Flächendeckender Ausbau bedarfsorientierter Kinderbetreuung und der Ganztagschulplätze
- ▶ Nach norwegischem Vorbild 40-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten von Unternehmen
- ▶ Geschlechtssensible verpflichtende Berufs- und Bildungswegorientierung an allen Schulen
- ▶ Genderpädagogik bereits im Kindergartenalter
- ▶ Betriebe müssen durch bewusstseinsbildende Maßnahmen sensibilisiert werden, sodass sich den Frauen in Zukunftsbranchen auch reale Berufsmöglichkeiten bieten.
- ▶ Mehr Rechte für Teilzeitbeschäftigte, indem sie explizit zur Bewerbung für offene Vollzeitstellen aufgefordert werden, bevor die Stellen extern besetzt werden.

Frauen. „Eine Frau muss ein Mann sein um Karriere zu machen“ – diese These des Wirtschaftswissenschafters Guido Strunk wird im Leitantrag der SPÖ Frauen, der auch der SPÖ-Frauen-Leitantrag am SPÖ-Bundesparteitag ist, angeführt, und trifft die Situation auf den Punkt, die Frauen in ihrem Berufsleben vorfinden. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist im Fokus der Bundesfrauenkonferenz, die unter dem Motto „Frauen wollen mehr“ steht. Ein Meilenstein, der bereits mit Sozialpartnern, Frauenministerin, Sozialminister und Wirtschaftsminister paktiert ist, ist die Verankerung der Einkommenstransparenz im Gleichbehandlungsgesetz. Nun soll mit weiteren Maßnahmen dem Auseinanderklaffen der Einkommensschere entgegengewirkt werden. Ein treffsicheres Argument für die Notwendigkeit des Schließens der Einkommensschere ist neben der Frage der Gerechtigkeit auch die Wachstumschance für die Wirtschaft. Nach einer von der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft in Auftrag gegebenen Studie würde die völlige Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt die Wirtschaftsleistung der EU-Mitgliedsländer zwischen 15 Prozent und 45 Prozent er-

höhen. In Österreich wären es 32 Prozent. Ein Teil der Einkommensdifferenz lässt sich zwar auf Teilzeitarbeit zurückführen. Aber auch wenn man nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigte vergleicht, beträgt das mittlere Fraueneinkommen nur 78 Prozent von jenem der Männer, das heißt Frauen verdienen 22 Prozent weniger als ihre Kollegen. Rechnet man nachvollziehbare Faktoren wie Arbeitszeit, Ausbildung, Branchen mit unterschiedlicher Bezahlung weg, bleiben laut Rechnungshof immer noch 15 Prozent Gehaltsunterschied. Und: Obwohl Frauen gut ausgebildet sind, schützt sie das nicht vor ungleicher Bezahlung. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen wird bei steigender Bildung sogar noch größer.

Es muss an vielen Rädern gedreht werden – von der Berufswahl bis zur Quote –, um Einkommens- und Chancengleichheit von Frauen und Männern zu erreichen. „Nur wenn alle Maßnahmen ineinandergreifen, wird die Einkommensschere merkbar zusammengehen und Gleichstellung von Frauen und Männern, zumindest bei den Einkommen, nicht mehr länger nur ein Wunsch sein“, wird im Leitantrag der SPÖ Frauen eingemahnt. ♦

GEMEINSAME SCHULE

Der ÖVP-Beton bröckelt

Die gemeinsame Schule ist nicht mehr länger aufzuhalten, denn die ideologische Blockadehaltung der ÖVP beginnt endlich zu bröckeln.

Bundeskanzler Werner Faymann fordert die Aufhebung der 10-Prozent-Obergrenze für Schulversuche wie die Neue Mittelschule. „Es geht darum, unsere Kinder mit den besten Möglichkeiten auszustatten“, so Faymann, der „froh“ ist, dass es auch aus den Reihen der ÖVP immer mehr Stimmen gibt, die sich für die gemeinsame Schule aussprechen. Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas ist erfreut, dass Wirtschaftskammer-Präsident Leitl den Druck auf die ÖVP und Vizekanzler Pröll in Sachen gemeinsame Schule erhöhen will. „Endlich gerät die ÖVP in Bewegung“, so Rudas, die klarstellt: „Auch wenn in den Reihen der ÖVP derzeit ein bildungspolitischer Umbruch statt-



Immer mehr Bürgerinnen und Bürger setzen sich für eine gemeinsame Schule ein. Auch von Seiten der ÖVP wird Kurs auf die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen genommen.

findet, wird es mit der SPÖ keinen Tausch zwischen gemeinsamer Schule und Wiedereinführung der Studiengebühren geben.“

Gemeinsame Schule ist ein Erfolgsprojekt

Die gemeinsame Schule sei international anerkannt und bringe Spitzenleistungen hervor. „An der Qualität der Bildung darf auch in der Krise nicht gespart werden“, so der Bundeskanzler, denn in der Krise liege eine Chance, bei der die Bildung im Vordergrund stehen müsse. „Wir haben über alle Parteigrenzen hinweg dafür zu sorgen, dass unsere Kinder die beste Bildung und Ausbildung erhalten“, bekräftigte Rudas. Vizekanzler Pröll wäre daher gut beraten, sich an den fortschrittlichen Kräften innerhalb seiner Partei zu orientieren und den Weg für ein erfolgreiches, chancengerechtes und zukunftsträchtiges Schulsystem freizumachen. ♦

FINANZMARKT

Schieder will Verbot von Leerverkäufen

Die Überwachung der Ratingagenturen, das Verbot von Leerverkäufen und eine Finanztransaktionssteuer sind wichtige Elemente einer neuen Finanzmarkt-Architektur.

Österreich sollte sich das deutsche Verbot von ungedeckten Leerverkäufen zum Vorbild nehmen“, fordert Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Vor kurzem wurde in Deutschland ein Gesetzesentwurf zum Verbot von ungedeckten Leerverkäufen verabschiedet.

Leerverkäufe sind Spekulationen, bei denen Aktienhändler auf fallende Kurse setzen. Dafür leihen sie sich Aktien gegen eine Gebühr von rund zwei Prozent des Aktienwertes und verkaufen sie dann weiter. Geht ihre Wette auf fallende Kurse auf, können sie später die Papiere günstiger erwerben und dem Verleiher zurückgeben. Die Differenz zwischen Verkaufspreis und Rückkaufpreis ist ihr Gewinn. Ihre gefährliche Wirkung entfalten Leerverkäufe – wie etwa bei Lehman Brothers – wenn die Aktie bereits schwächelt. Dann können sie durch ihr Gewicht am Markt einen Ab-

wärtstrend verstärken. Deshalb gelten Leerverkäufe als Gefährdung für Stabilität und Wachstum.

„Die Deutschen gehen hier in die richtige Richtung. Wir sollten jetzt rasch prüfen, wie ein solches Verbot auch in Österreich umgesetzt werden könnte“, so Schieder. Auch auf europäischer Ebene wird ein solches Vorhaben aktuell diskutiert. Rückenwind aus Deutschland bekommt auch die Idee der nationalen Umsetzung einer Börsenumsatzsteuer. Die deutsche Regierung prüft aktuell die Einführung einer neuen Börsensteuer – zusätzlich zur Bankenabgabe. „Freilich müssen wir die Regulierung der Finanzmärkte weiterhin auf europäischer Ebene vorantreiben. Deutschland und Frankreich machen aber aktuell vor, dass einzelne Länder auch vorangehen und so den Druck erhöhen können“, legt Schieder dar.



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder will auch nationale Spielräume für Konsequenzen aus der Krise nutzen.

Bewegung sieht Schieder auch bei der Regulierung von Ratingagenturen. „Die neuen Vorschläge für eine zentrale Überwachung der Ratingagenturen in der Europäischen Union gehen in die richtige Richtung“, so der Finanzstaatssekretär. ♦

ÖBB

Schwarz-Blau für ÖBB-Spekulationen verantwortlich

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter nimmt die Vorlage des Rechnungshofberichts zu den Finanztransaktionen der ÖBB zum Anlass, die Missstände und Skandale während der ÖVP/FPÖ-Alleinherrschaft beim Staatsbetrieb ÖBB anzuprangern.

Nach der willkürlichen Zerschlagung des Konzerns, Postenschacher und Missmanagement, dem Immobilien-Skandal um ÖVP-Bahnchef Martin Huber und den forcierten Frühpensionierungen stellt die unfassbare 613-Mio.-Euro-Spekulation im Jahr 2005 den traurigen Höhepunkt der verantwortungslosen Machenschaften dar“, betonte Kräuter.

Die schmutzige Kampagne der letzten Monate von Staatssekretär Lopatka gegen die Belegschaft der Bahn und die rücksichtslose Imageschädigung des staats-eigenen Unternehmens sei im Hinblick auf die „Bilanz“ dieser Leistungen von Schwarz-Blau besonders verwerflich. Kräuter erklärte: „Die SPÖ hat die Mam-

mutaufgabe der Sanierung der Folgen dieser katastrophalen Zeitspanne übernommen. Mit Verkehrsministerin Doris Bures, Aufsichtsrats-Vorsitzendem Horst Pöchlhammer und dem neuen gesamtverantwortlichen Topmanager Christian Kern kann mit Zuversicht in die Zukunft geblickt werden.“

Vorwürfe gegen die Sanierer seien nicht gerechtfertigt, es müssten Ursache und Wirkung der schwarz-blauen Skandale auseinander gehalten werden, bekräftigte der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter bestätigt: Die SPÖ saniert jetzt, was Schwarz-Blau durch Spekulation und Missmanagement verloren hat.



Zinner

SVA/ÄRZTEKAMMER

Vertragsloser Zustand ist untragbar

Die Tarif-Verhandlungen zwischen Ärztekammer und SVA müssen „unverzüglich wieder aufgenommen werden“, fordert SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Den momentanen vertragslosen Zustand bezeichnet er als „untragbar“.

Bildbox



420.000 Menschen sind vom Tarifstreit zwischen Ärztekammer und SVA betroffen. Für die Sozialdemokratie ist der vertragslose Zustand nicht akzeptabel.

Bis jetzt war es keine Frage, wer versichert ist“, betont Matznetter. Ein bis dato „einmaliges und gut aus-

gestattetes System“ zeige nun Schwächen: „Es kann nicht sein, dass nur Menschen mit genug Bargeld im Börsel zum Arzt gehen können.“ Beim momentanen Zustand zahlen die rund 420.000 Betroffenen „in jedem Fall drauf“. Matznetter erklärt: Die Betroffenen haben nun 40 Prozent statt bisher 20 Prozent Selbstbehalt zu entrichten, da die Ärztekammer ihren Mitgliedern empfiehlt, ein zumindest 20 Prozent höheres Honorar als bisher zu verrechnen.

Verhandlungen wieder aufnehmen

Die Verhandlungen zwischen SVA (Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft) und Ärztekammer müssen „unverzüglich wieder aufgenommen werden.“

In dasselbe Horn stößt auch SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser: „Der Honorarstreit zwischen Ärztekammer und SVA muss rasch beendet werden, wenn deren Vertreter sich nicht einigen können, muss der Gesetzgeber eingreifen. Dann sollen noch vor dem Sommer gesetzliche Lösungen im Parlament eingebracht werden.“ Für Gesundheitsminister Alois Stöger ist der aktuelle Zustand ebenfalls „völlig inakzeptabel“. Wird nicht erfolgreich verhandelt, also eine Einigung erzielt, muss es eine verbindliche Schlichtung geben. „Es geht nicht an, dass hier Spielchen auf Kosten der Versicherten gespielt werden. Wenn die Sozialpartner in diesem Fall ihre Kernaufgaben nicht wahrnehmen, dann wird eben für sie entschieden“ bekräftigt Stöger. ♦

JUSTIZ

Gruppenklagen müssen kommen

Für Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer steht fest: Um die Rechte von Konsumenten besser durchsetzen zu können, müssen Gruppenklagen endlich Realität werden.

Um Verbraucherrechte künftig noch besser durchsetzen zu können, müssen Gruppenklagen kommen“, so Hundstorfer, der weiter ausführt, dass Gruppenklagen gegenüber den derzeit üblichen Sammelklagen erhebliche Vorteile hätten. So müssen unter anderem die Ansprüche im Vorfeld einer Klage nicht mehr abgetreten werden. Die aktuell laufenden Entschädigungsprozesse von tausenden privaten Anlegerinnen und Anlegern, die durch Fehlinformationen zum Teil schlimmste Verluste erlitten haben, zeigen die Notwendigkeit des juristischen Instruments der „Gruppenklage“. „Es kann nicht sein, dass Menschen, die von großen, manchmal Existenz bedrohenden Geldverlusten betroffen sind, in Österreich ein Jahr und länger warten müssen, bis allein über die Zulässigkeit einer Gruppenklage be-

funden wird. Massenverfahren – nicht zuletzt im Sinne der Effizienz und Ressourcenschonung auch der Gerichte – brauchen einen Rahmen, der einen raschen und leistbaren Zugang zum Recht sicherstellt“, so Hundstorfer.

Jetzt ist Justizministerin Bandion-Ortner gefordert

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim macht sich ebenfalls für die Möglichkeit der Gruppenklage in Österreich stark. Diese sei das am besten geeignete Instrument, um mit wirtschaftlich vernünftigen Mitteln gegen Unternehmen vorgehen zu können. „Justizministerin Bandion-Ortner ist daher dringend gefordert, endlich ihre Unterschrift unter den Entwurf zu setzen. Dies wäre ihr jederzeit möglich, da die im Re-

gierungsprogramm getroffene Übereinkunft bereits einen tauglichen und inhaltlich klaren Kompromiss darstellt“, so der SPÖ-Justizsprecher. ♦



GdG-Archiv

Für Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer sind Gruppenklagen ein wichtiges Instrument, um Verbraucherrechte künftig noch besser durchsetzen zu können.

KONSUMENTENSCHUTZ

Schärfere Regelungen bei unerbetenen Werbeanrufen gefordert

Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer sieht hinsichtlich des Problems des sogenannten „Cold Callings“ dringenden gesetzlichen Regelungsbedarf.



Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer fordert: „Verträge, die im Rahmen unerbetener Werbeanrufe geschlossen werden, sollen entweder nichtig oder bis zur schriftlichen Bestätigung durch den Kunden schwebend unwirksam sein.“

Die Ergebnisse der Konsumenten-umfrage, die das Bundesministerium für Soziales, Arbeit und

umzusetzen. Verträge, die im Rahmen unerbetener Werbeanrufe geschlossen werden, sollen entweder nichtig oder bis

Konsumentenschutz im Rahmen des „Fraud Prevention Month“ durchgeführt hat, zeigen deutlich, dass nach wie vor außerordentlich viele Menschen unerwünscht angerufen werden. „Dies bestärkt mich in meiner Forderung, das Regierungsprogramm, welches eine wirksamere Regelung, die Konsumenten vor solchen Vertragsfallen schützt, vorsieht, möglichst rasch

zur schriftlichen Bestätigung durch den Kunden schwebend unwirksam sein“, fordert Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer. Zwar sind unerbetene Telefonanrufe bereits nach Telekommunikationsrecht untersagt. Dies schützt allerdings den Verbraucher nicht vor nachteiligen Vertragsabschlüssen mit Telefonkeilern. Das Konsumentenschutzministerium strebt daher eine zivilrechtliche Lösung im Konsumentenschutzgesetz an, wie dies bereits im Regierungsübereinkommen vorgesehen ist. Auch für SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim steht fest: „Das Problem des aggressiven und hartnäckigen Telefonmarketings nimmt stetig zu. Bei tausend Anrufen monatlich in den Verbraucherberatungsstellen – Tendenz steigend – ist Handlungsbedarf gegeben.“ ♦

KAMPAGNE

„Nichtrauchen lohnt sich auf jeden Fall!“

Dass weniger Jugendliche rauchen, ist erklärtes Ziel von Gesundheitsminister Alois Stöger. Eine von ihm in Auftrag gegebene Kampagne zur Bewusstseinsbildung zeigt jetzt, warum Nichtrauchen die bessere Entscheidung ist.



Ziel ist es, dass weniger Jugendliche rauchen. Denn leider wissen wir, dass der Anteil an jugendlichen Rauchern in Österreich sehr hoch ist“, so Gesundheitsminister Alois Stöger über die

Kampagne „Nichtrauchen lohnt sich auf jeden Fall!“. Abschreckende Kampagnen zeigen nicht die beabsichtigte Wirkung bei Jugendlichen – Rauchen würde dadurch oft erst recht als cooler Zeitvertreib gewertet. „Deshalb habe ich eine Kampagne in Auftrag gegeben, die sich des Themas positiv annimmt und nicht mit dem gesundheitspolitischen Zeigefinger droht, sondern die Vorteile des Nichtrauchens aufzeigt“, so der Gesundheitsminister. „Es ist wichtig zu vermitteln, dass Rauchen nicht nur ungesund ist, sondern auch unvernünftig und uncool. Das Beste ist, dass die Jugendlichen gar nicht erst zur Zigarette greifen“, erklärt Stöger. Studien zeigen, dass 80 Prozent der Kinder von Rauchern selbst zu rauchen beginnen. Deshalb ist es wichtig, dass Eltern ein positi-



„Rauchen ist grauslich“: Die neue Kampagne wird mehrere Wochen lang in Print- und Onlinemedien zu sehen sein.

ves Vorbild für ihre Kinder abgeben. Neben Jugendlichen spricht die Kampagne auch junge Familien und Frauen an. ♦

SPD

„Gleichstellung jetzt!“

Hoher Besuch aus Österreich kam zur Bundeskonferenz der SPD-Frauen: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sprach in Bonn über Geschlechtergerechtigkeit.

„Gerade jetzt, beim Aufarbeiten der Krise, ist das Eintreten für die Gleichstellung wichtig – und lasst uns dabei so viele Frauen wie möglich mitnehmen!“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer

Als Vizepräsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale SIW folgte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer Anfang Juni der Einladung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) zu ihrer Bundeskonferenz.

Neben den Diskussionen um die Themengebiete Arbeitsmarktpolitik, Frauen in Führungspositionen und Integration wurde

die Frage der Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema stark betont. „Gerade jetzt, beim Aufarbeiten der Krise, ist das Eintreten für die Gleichstellung wichtig – und lasst uns dabei so viele Frauen wie möglich mitnehmen!“, appellierte Prammer in ihrer Rede an die rund 300 Delegierten. Begeisterten Applaus erhielt ihr Bericht über die österreichische Einigung zur Einkommenstransparenz, die ein wirkungsvoller Schritt zur Schließung der Einkommensschere ist – und mit der eine langjährige sozialdemokratische Forderung umgesetzt wird.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Elke Ferner, die mit großer Mehrheit als ASF-Bundenvorsitzende wiedergewählt wurde, forderte in ihrer Grundsatzrede eine gesetzliche Regelung für eine Ge-



Die stv. Vorsitzende der Sozialistischen Fraueninternationale, Barbara Prammer berichtete u.a. über die österreichische Einigung zur Einkommenstransparenz.

schlechterquote in Aufsichtsräten und Vorständen: „Die Zeit der freiwilligen Vereinbarungen ist vorbei – jetzt ist die Zeit des Handelns!“ ♦

Zeitgeschichte

Pahr, Außenminister unter Kreisky

In gemeinsamen Gesprächen mit dem Publizisten Detlef Kleinert reflektiert Willibald Pahr über das aktuelle Zeitgeschehen und Österreichs Rolle in der Weltpolitik.

Bruno Kreisky ist noch immer für viele Österreicher präsent. Sein Außenminister in den Jahren 1976-1983 war Willibald Pahr, der nach wie vor als Berater verschiedener Institutionen und als gefragter Ratgeber bei außenpolitischen Diskursen aktiv ist. In diesem Buch, bei dem es sich – obwohl der Titel es vermuten lässt – nicht um eine Biografie handelt, analysiert Willibald Pahr aktuelle Problemfelder des Zeitgeschehens, kommentiert das

Verhältnis Österreichs gegenüber der EU, den USA, dem Nahen und Fernen Osten. In Form von Interviews mit dem Publizisten Detlef Kleinert reflektiert Pahr über Probleme der Vergangenheit und Gegenwart und erläutert die veränderte geopolitische Situation, die durch den Fall des Eisernen Vorhanges vor mehr als 20 Jahren entstanden ist. Damit beschreibt Pahr Österreichs Platz in der Weltpolitik auf eine neue Art und Weise. ◆

Menschenrechte

Amnesty International Report 2010

Der Bericht gibt eine Übersicht über die fünf Weltregionen und in 159 detaillierten Länderberichten Auskunft über die Lage der Menschenrechte weltweit.

Eine »Welt ohne Furcht und Not« – das ist für viele noch immer ein unerfülltes Versprechen. Erneut musste Amnesty International in seinem jährlichen Bericht ethische und geschlechterspezifische Diskriminierung, Unterdrückung von Meinungs- und Glaubensfreiheit, Folter und Misshandlungen, staatlich angeordnete Morde und die fortgesetzte Anwendung der Todesstrafe dokumentieren. Dennoch waren auch Fortschritte zu verzeichnen, denn

die für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen können mittlerweile nicht mehr davon ausgehen, straffrei davonzukommen. Der Einsatz von Amnesty International wird von Herausforderungen, aber auch von Chancen auf Veränderungen begleitet. Amnesty International appelliert an die Weltöffentlichkeit, die Chancen auf Veränderung wahrzunehmen, um für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen einzutreten. ◆

Spannung

Schöner Schein

Nichts als schöner Schein – das denken sich wohl viele, wenn sie Franca Marinello begegnen. Brunetti aber merkt, dass sich hinter den starren Zügen der Frau Geheimnisse verbergen.

An einem eisigen Winterabend bemerkt Brunetti eine Blondine in Pelz und High-Heels, als er mit seiner Frau Paola zu einer Essenseinladung unterwegs ist. Die blonde Frau erweist sich als seine Tischnachbarin und trotz ihrer maskenhaften Züge als unerwartet profund: Sie hat sowohl Cicero als auch Ovid gelesen und beeindruckt Brunetti damit mehr, als ihm selbst lieb ist. Es gibt auch undurchsichtige Giftmüllgeschäfte, die immer weitere

Kreise ziehen. Der Sonderbeauftragte der Carabinieri hat den Commissario kaum um Amtshilfe ersucht, da wird er auch schon tot aufgefunden. Brunettis einzige Spur: ein Gesicht im Dreiviertelprofil, per Handy in irgendeiner Bar in Venedig aufgenommen. Müllmafia und Metamorphosen: Brunetti braucht mehr Intuition denn je, um diesen Fall zu lösen und Klarheit in seine Gefühle und Gedanken zu bringen. ◆

☐ Stk.


Detlef Kleinert:

Willibald Pahr. Außenminister unter Kreisky.

Böhlau Verlag, Köln 2010;
226 S., 24,90 €

☐ Stk.


Amnesty International:

Report 2010.

S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2010;
542 S., 15,40 €

☐ Stk.


Donna Leon:

Schöner Schein. Commissario Brunettis 18. Fall.

Diogenes Verlag, Zürich 2010;
352 S., 22,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

Investition in die Zukunft



Die SPÖ-Landesregierung setzt auf konjunkturbelebende Maßnahmen für den wirtschaftlichen Fortschritt der Steiermark.

In der Steiermark ist viel passiert in den letzten 5 Jahren, um den wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben „Die bisherige Zwischenbilanz kann sich sehen lassen: Wir haben von den 23 Punkten im Ar-

beitsübereinkommen bereits 21 erledigt“, so Landeshauptmann Franz Voves. Zahlreiche große Infrastrukturprojekte befinden sich in der Umsetzung. Auch in Forschung und Entwicklung wurde massiv investiert. „Die Steiermark kann ohne Übertreibung als Forschungsland Nummer 1 in Österreich bezeichnet werden“, freut sich Voves.

SPÖ Steiermark



LH Franz Voves und sein Team setzen auf Investitionen für die Zukunft der Steiermark.

Zukunftsstrategie „green energy“

Die Landesförderungen im Bereich „Erneuerbarer Energie“ wurden seit 2005 um das Fünffache angehoben – damit konnten die Investitionssummen steirischer Unternehmen um rund 500 Prozent gesteigert werden. So wurden Arbeitsplätze gesichert und eine Vielzahl von neuen Jobs geschaffen. In den kommenden Jahren sollen fast 800 Mio. Euro in Projekte mit „Erneuerbarer Energie“ investiert werden. Ein zentrales Anliegen ist auch eine gezielte Qualifizierungs-Strategie: 160 Lehrlinge werden in den nächsten fünf Jahren zu „Green Energy Profis“ ausgebildet. Die „Green-Energy-Invest-Offensive“ der Landesregierung bringt rund 500 Mio. Euro an Wertschöpfung für steirische Unternehmen und sichert etwa 8.700 Arbeitsplätze. ♦

ROTE FALKEN

Bundespfindlager 2010



Über 1.000 Kinder, Jugendliche, Helfer und Gäste folgten der Einladung der Roten Falken nach Döbriach.

Schon die Anreise zum Bundespfindlager der Roten Falken war kurzweilig: Ein Sonderzug brachte alle Gruppen gemeinsam nach Döbriach zum Kinderfreunde-Falken-Camp. Eröffnet wurde das Pfindlager mit einem Fest, das sich dem Thema „Vorurteile und Stereotype“ widmete. Tags darauf wurde die „Brücke der Freundschaft“ gebaut. Ein Symbol dafür, dass die Kinderfreunde und die Roten Falken Vorurteile abbauen und Brücken zwischen den Kulturen schaffen wollen. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt: Abends wurden Stockbrot und Würstel am Lagerfeuer gegrillt. Ein stimmiges Fazit aller Teilnehmer: Das Pfindst-wochenende war wieder einmal viel zu kurz. ♦

Kinderfreunde



Das Bundespfindlager der Roten Falken befasste sich dieses Jahr mit dem Thema „Stereotype und Vorurteile“.

BURGENLAND

Neues starkes Team



Durch die SPÖ Burgenland weht frischer Wind – die Hälfte der Landtagsabgeordneten wird neu besetzt.

„Es wurde gewählt. Es wurde gezählt. Jetzt geht es um die Arbeit für das Burgenland“, so Landeshauptmann Hans Niessl. Und dabei gibt es einige spannende Neuerungen: Während das bewährte Regierungsteam bestehen bleibt, wird die Hälfte aller Mandate im Landtag, alle burgenländischen Bundesräte und ein Nationalratsmandat neu besetzt.

SPÖ Burgenland



Ein „kräftiges Signal der Erneuerung“ hat Niessl damit zu Beginn seiner neuen Regierungszeit gesetzt. Besonders erfreulich: Der Frauenanteil im Landtag steigt mit fünf SPÖ-Frauen auf 28 Prozent. ♦

Mit einem „kräftigen Signal der Erneuerung“ beginnt Landeshauptmann Hans Niessl die neue Regierungszeit.

WIEN

Donauinselfest 2010



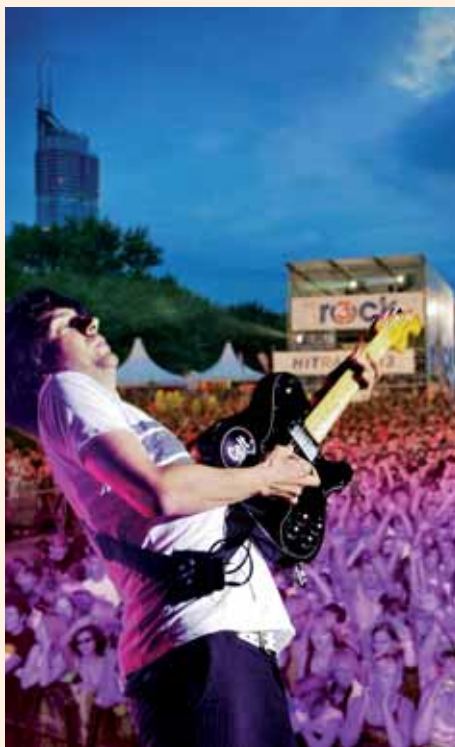
die Stadt Wien.

Dieses Jahr steht das Open-Air-Festival unter dem Motto „Mit Respekt geht's besser“. Mit am Programm: eine Liebeserklärung an

2.000 Künstler, über 300 Musik-, Theater- und Kabarettgruppen und über 600 Stunden Programm an drei Tagen: Darauf können sich die Besucherinnen und Besucher des Donauinselfests vom 25. bis 27. Juni 2010 freuen. Unter dem Motto „Mit Respekt geht's besser“ steht heuer der rücksichtsvolle Umgang miteinander besonders im Vordergrund. Das können auch die Besucher zeigen: Auf der gesamten Insel werden „Respekt“-Tattoos gratis verteilt.

Liebeserklärung an Wien

Die weltweit lebenswerteste Stadt soll auch die längste Liebeserklärung der



Welt bekommen. Bei der Initiative „I LOVE VIENNA“ können direkt auf der Insel Video-Statements abgegeben werden. Sie werden später zu einer Video-Liebeserklärung zusammengefasst. Mehr dazu unter www.ilovevie.at.

Megastars am Megaevent

Billy Idol, Kim Wilde, Rainhard Fendrich und Die Seer sind nur einige der zahlreichen Stars, die am Fest auftreten. Und das zum Nulltarif! Mehr zum Programm unter www.donauinselfest.at. ♦

Das 27. Donauinselfest findet von 25.-27. Juni statt und bietet über 600 Stunden Programm an drei Tagen.

Dimko

NIEDERÖSTERREICH

Bahn muss rot-weiß-rot bleiben



inakzeptabel.

LHStv. Sepp Leitner und VIDA-NÖ-Chef Horst Pammer stehen hinter den Mitarbeitern der ÖBB. Die VP-Hetzkampagne ist für sie

SPÖ NÖ-Vorsitzender, LHStv. Sepp Leitner nutzte den Antrittsbesuch des neuen niederösterreichischen VIDA-Chefs Horst Pammer, um seine Unterstützung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖBB auszusprechen: „Die ÖBB-Mitarbeiter haben sich dieses ständige Heruntermachen durch die ÖVP nicht verdient. Die Hetzkampagne gegen die ÖBB ist jedenfalls unerträglich und inakzeptabel.“ Weiters versicherte Leitner seine volle Unterstützung für das Unternehmen und die Beschäftigten. VIDA-Landesvorsitzender Pammer will sich zur Wehr setzen. „Es ist Zeit, zu handeln. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Bahn so lange schlecht geredet wird,

SPÖ NÖ
SPÖ-Niederösterreich
Vorsitzender,
LHStv. Sepp Leitner
und VIDA-Landes-
vorsitzender Pammer
stehen hinter den
Mitarbeitern der ÖBB.

bis sie sturmreif ist – das werden wir verhindern. Und dafür brauchen wir breite Unterstützung. Mit unseren Aktionen unter dem Titel ‚Unsere Bahn muss rot-weiß-rot bleiben‘ zeigen wir, dass die Eisenbahnhaser in der Republik eine verschwundene Minderheit sind“, kündigt



der VIDA-Chef an. ÖVP und FPÖ erinnerte Pammer daran, dass sie das riesige Finanzloch zu verantworten haben, unter dem das Unternehmen bis heute leidet. ♦



Affenzeller

Das Internet ist ein freies und gleiches Medium, aber noch kein solidarisches

Kann das junge Medium sein demokratiepolitisches Potential auch im Sinne von sozialer Demokratie und Chancengleichheit entfalten? Eine Chance bietet Open Data – der frei Zugang zu nicht-personenbezogene Daten.

„Es ist die Herausforderung der Sozialdemokratie, sich Gedanken zu machen, wie das Internet sein demokratiepolitisches Potential im Sinne der drei Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität entfalten kann.“

Ihr werdet euch noch wünschen wir wären politikverdrossen.“ Mit diesem Tweet, einer Art SMS im Internet, hat Max Winde im Juni 2009 in der Sprache der Userinnen und User auf das politische Potential des Internets hingewiesen. Seit damals kursiert dieser Ausspruch als Gegenthese zu einer wahrnehmbaren Abwendung der Menschen vom traditionellen politischen System. Die Menschen haben Interesse an politischen Themen und an demokratischer Teilhabe und sie haben das Internet als Sprachrohr für ihre Anliegen entdeckt. Tatsächlich ermöglicht das Internet mit seinen Zugängen zu Information via Wikipedia und Google und mit seinen Social Media Diensten wie facebook und twitter eine freie Diskussion auf gleicher Ebene und das weltweit. Die große Herausforderung besteht darin, es auch zu einem solidarischen Medium zu machen, und zwar in dem Sinne, dass sich damit auch etwas bewegen lässt.

Thomas Meyer hat bei der Österreich 2020 Veranstaltung zu Demokratie, Partizipation & Medien die Unterschiede zwischen der libertären Demokratie als anglo-amerikanisches Modell und der sozialen Demokratie als europäische Entwicklung herausgearbeitet. Es reicht in der libertären Demokratie aus, dass die Verfahren zur pluralistischen Willensbildung und zur Findung einer Mehrheitsentscheidung sichergestellt

sind. In einer sozialen Demokratie gesellt sich das Versprechen der Chancengleichheit dazu. Chancengleichheit bedingt ein solidarisches Prinzip im gemeinsamen Interesse an einer Sache. Derzeit favorisiert das Internet mit seinen Social Media Diensten ein libertäres Modell, in dem es Freiheit und Gleichheit ermöglicht, Solidarität aber weitgehend ausblendet.

Freiheit und Gleichheit im Internet sind technisch vorgegeben, da Bits und Bytes uneingeschränkt ihren Weg von einem Computer zum nächsten finden können. Das Prinzip heißt Netzneutralität und bedingt für die Nutzer ein offenes Kommuni-

treten oder eine Online-Petition unterschreiben. So begrüßenswert das ist, sollte solidarisches Eintreten auch etwas bewegen können; das Prinzip Open Data böte die Möglichkeit dafür. Bei Open Data werden nicht-personenbezogene Daten ohne urheberrechtliche Einschränkungen zugänglich gemacht. Solcher Art können Daten aus verschiedenen Quellen miteinander verbunden werden und Aufschlüsse über Zusammenhänge geben, die anders nur schwer sichtbar gemacht werden können, z.B. die Agrarförderungen der EU auf farm-subsidy.org/de. Mit Open Data sind politische Entscheidungen besser nachzuvollziehen, was wiederum das Solidaritätsprinzip einer Gemeinschaft legitimiert und festigt. In Österreich gibt es Initiativen dazu (gov.opendata.at), doch wir stehen erst am Anfang.

Es ist die Herausforderung der Sozialdemokratie, sich Gedanken zu machen, wie das Internet sein demokratiepolitisches Potential im Sinne der drei Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität entfalten kann. Während die ersten beiden Werte im Internet sowohl technisch als auch im Nutzungsverhalten erkennbar sind, ist es um die Solidarität



Das Internet, ein weltweites Netzwerk, das Datenaustausch und Kommunikation ermöglicht und nicht mehr wegzudenken ist.

kationsnetzwerk für einen Dialog auf Augenhöhe für alle, die Zugang haben. Gefährdet sind diese beiden Grundwerte einerseits durch staatliche Bestrebungen, das Netz zu zensurieren, da einige das Internet mit einem rechtsfreien Raum verwechseln und andererseits, weil nicht alle Bevölkerungsgruppen im Internet vertreten sind.

Solidarität im Netz äußert sich vorrangig im symbolischen Eintreten füreinander oder für Ideen. Die Menschen schließen sich einem Protest an oder finden eine Idee gut, in dem sie auf facebook einer Gruppe bei-

schwieriger bestellt. Hier besteht der größte Bedarf, um das Internet nicht nur zur freien Meinungsäußerung zu nützen, sondern auch als gleichberechtigten Ort zur Aushandlung und Meinungsfindung; was damit letztlich zur Durchführung und Kontrolle von Handlungen führt, die die Chancengleichheit ermöglichen. ♦

Mag. Wolfgang Zeglovits, MSc ist Geschäftsführer der datenwerk innovationsagentur GmbH.

TERMINKALENDER

Montag, 14. 6.

Buchpräsentation

Das Institut für Heterodoxe und Institutionelle Ökonomie lädt zur Präsentation des Buches „Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich“, herausgegeben von Andrea Grisold, Wolfgang Maderthaner und Otto Penz. Im Übergang von einem produzierenden zu einem spekulativen Kapitalismus führte die neoliberale Transformation der letzten Dekaden zu einer Neuordnung der Arbeitsmärkte und zu markanten sozialen Einschnitten. Im diesem Kontext richten die Beiträge des Bandes ihren Fokus auf die österreichische Entwicklung seit Mitte der 1970er Jahre und konstatieren eine langsame, aber kontinuierliche Korrosion des Sozialen. Neben jenen der Herausgeber enthält das Buch u.a. Beiträge von Wolfgang Fellner, Birgit Sauer und Engelbert Stockhammer.

Beginn: 18 Uhr

Wirtschaftsuniversität Wien

Seminarraum 5.47

Augasse 2-6

1090 Wien

Mittwoch, 15. 6.

Kongress

Wie sieht die Kulturlandschaft in Wien im Jahr 2020 aus? Welche Schwerpunkte muss eine zeitgemäße Kulturpolitik setzen? Zu diesen und anderen kulturpolitischen Fragen hat eine von Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny ins Leben gerufene Gesprächsrunde ein Thesenpapier mit Leitlinien und Stra-

tegien erarbeitet. Dieses soll im Rahmen des öffentlichen Kongresses unter dem Motto „Wien denkt weiter“ diskutiert und weitergedacht werden. Mittels Impulsvorträgen, Panels und Open-Space-Diskussionen soll an einem zukunftsweisenden Katalog von Ideen und Visionen für Wiens Kulturpolitik gearbeitet werden. Anmeldung: redaktion@wien-denkt-weiter.at

Beginn: 14 Uhr

Odeon Theater

Taborstraße 10

1020 Wien

Montag, 21. 6.

Diskussion

In Rahmen der Vorlesungsreihe „Talking for Peace“ des Kreisky Forums findet eine Veranstaltung zum Thema „Iran – What's Next?“ statt. Vortragende ist Haleh Esfandiari, Direktorin des Middle East Programs am Woodrow Wilson International Centers for Scholars und Autorin des Buches „My Prison. My Home: One Woman's Story of Captivity in Iran“. Information & Anmeldung: einladung.kreiskyforum@kreisky.org Tel.: 01/318826020

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15

1190 Wien

Freitag, 25. 6. – Sonntag, 27. 6.

Megafest

Das von der SPÖ veranstaltete Donauinsel-

fest findet heuer bereits zum 27. Mal statt. Ob jung oder alt, bei diesem Event ist für jeden etwas dabei. Die Highlights in diesem Jahr: die finnische Metal-Band HIM, die punk-rockigen Donots und der legendäre DJ Paul van Dyk. Der Eintritt ist frei.

Samstag, 3. 7.

Strandparty

Wer Lust auf Sport, Spaß und tolle Preise hat, ist am „Red Beach“ genau richtig. Das Beachvolleyball-Event bietet einen Sommertag unter jungen Menschen mit toller Musik, Sonne und Sand. Wer am Turnier teilnehmen möchte, sollte sich vorher anmelden bzw. rechtzeitig am Tag des Events erscheinen. Information und Anmeldung:

www.jg11.spoe.at

Beginn: 14.00 Uhr

Krematoriumswiese in Simmering

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärtl, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: SPÖ, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.facebook.com/Sozialdemokratie

SPÖ erfolgreich auf Facebook

Die SPÖ betreibt auf Facebook die erfolgreichste Partei-Seite Österreichs. Mit einer neuen Mitglieder-Offensive konnte die Anzahl der Freundinnen und Freunde auf Facebook innerhalb der letzten zwei Monate von 3.000 auf mehr als 6.100 gesteigert werden. Die Fan-Seite besuchen pro Woche durchschnittlich mehr als 2.000 Personen und tätigen dort mehrere Hundert Interaktionen.

Die Facebook-Seite der SPÖ ist ein Ort der freien Diskussion, viele Besucher schreiben

ihre Meinung offen in das Portal. Unsere Besucher kommen aus allen Altersgruppen, wobei 55 Prozent der Fans jünger als 34 und überwiegend männlich sind. Als Service bringen wir auf der Seite die aktuellen SPÖ-News, Videos und Hinweise auf lesenswerte Zeitungsartikel. „SPÖ Aktuell“ kann auf Facebook übrigens schon jeden Donnerstag online durchgeblättert werden.

www.facebook.com/sozialdemokratie – Fan werden und weitersagen! ♦





Kochen und Küche

Mit Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bekochten die Schülerinnen und Schüler der HLW Hallein bei ihrer fachpraktischen Abschlussprüfung einen prominenten Gast. Das exzellente Essen genossen auch Prüferin Karin Dachs, Direktorin Elisabeth Dlugopolsky und Fachvorstand Christina Nußbaumer.

Sport und Spaß

40.000 Wiener Kinder machten bei den Sportveranstaltungen kidsrun4kids-Läufen und „Athletics light“ mit. Wiens Jugend- und Sportstadtrat Christian Oxonitsch freute sich über das große Interesse der Kinder an sportlichen Aktivitäten.



Erfolg und Engagement

Wie das Engagement eines erfolgreichen Unternehmens für seine Beschäftigten aussehen kann, davon konnte sich Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der IBM-Besichtigung in Wien überzeugen. Besonders beeindruckt zeigte sich die Ministerin von den Maßnahmen zur Frauenförderung und der flexiblen Arbeitsplatz und -zeitgestaltung.



Flug und Fortschritt

Der Airbus A380, das größte Passagierflugzeug der Welt, landete vor kurzem das erste Mal am Flughafen Wien-Schwechat. Begrüßt wurde der „Riesenvogel“ unter anderem von Infrastrukturministerin Doris Bures.